

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Äußerung zum Status Berlins**

In einem detaillierten Bericht über die Weltreise des amerikanischen Vizepräsidenten Walter Mondale, in dem über die Reiseroute sowie über die Gesprächsthemen (wirtschaftliche Schwierigkeiten der Partner seien im Vordergrund gestanden) die Rede war, wird am Schluß auch eine Bemerkung des amerikanischen Politikers während seines Besuches am 26. Januar in Berlin zitiert, und zwar kommentarlos: "Der Präsident der Vereinigten Staaten hat mich ersucht, einen meiner ersten Besuche der Stadt Berlin abzustatten, um klar und entschieden zu bekräftigen, daß wir zur Sicherheit und Freiheit Berlins stehen" (NCNA, 2.2. und 3.2.77).

Kein Zweifel, daß diese schlichte Wiedergabe durchaus im affirmativen Sinne erfolgte. Die VR China hatte bereits 1973 in dem ersten - und letzten - mit der Bundesrepublik abgeschlossenen Handels- und Zahlungsabkommen eine Berlin-Klausel akzeptiert, die auch in spätere Abmachungen aufgenommen wurde. Am 24. September 1976 noch hatte China außerdem in einer nur im Ausland verbreiteten Stellungnahme unter der Überschrift "Die Arroganz der Sowjetunion wird immer zügelloser" sowjetische Versuche kritisiert, das Funktionieren des Berliner Vier-Mächte-Abkommens vom Bonner Entgegenkommen abhängig zu machen.

Auch die mehrfachen Auftritte chinesischer Kultur- und Sportgruppen in Westberlin haben bewiesen, daß Peking für den Vier-Mächte-Status eintritt.

(2) **Hsinhua nimmt Genscher gegen die "neuen Zaren" in Schutz**

Hsinhua (NCNA, 7.1.77) weist darauf hin, daß "die neuen Zaren im Kreml am Jahresbeginn mit neuen Schimpfattacken... auf den westdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher... begonnen haben", nachdem dieser am 2. Januar in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk erklärt habe, er sei gespannt, ob die Handlungen der Sowjetunion ihren Erklärungen über Abrüstung folgen würden. Bisher habe er solche Konsequenzen nicht erkennen können. Man höre lediglich immer wieder von Aufrüstung. TASS habe sich schon im Januar 1976 zu Angriffen gegen Genscher verstiegen, als dieser die sowjetische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas und Afrikas getadelt hätte.

(3) **Eindrücke einer chinesischen Delegation von einer Deutschlandreise**

"Gerade jetzt, in einer Zeit der Beunruhigung unter den Völkern Westeuropas, sind wir zu einem Besuch nach München gekommen. München, die Hauptstadt Bayerns und mit 1,3 Mio. Einwohnern die zweitgrößte Stadt Westdeutschlands, liegt nördlich der Alpen an der Isar. Die Stadt ist das politische, wirtschaftliche, kulturelle und Verkehrszentrum des südlichen Teils von Westdeutschland. In der Nähe liegt Dachau, wo sich ein Konzentrationslager befand. In München wurde auch das Münchner Abkommen vor

39 Jahren von den damaligen Regierungschefs Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens unterzeichnet. In Dachau, einer kleinen, etwa 20 km nordwestlich von München gelegenen Stadt, befand sich das erste Konzentrationslager, das Hitler nach seiner Machtergreifung errichten ließ, um das deutsche Volk zu unterdrücken. Als Hitler seine habgierigen Krallen nach ganz Europa ausstreckte, wurde das KZ Dachau ein Ort, wo deutsche Faschisten europäische Menschen hinmordeten... Geleitet von einem jungen einheimischen Arbeiter, der uns als Führer diente, besichtigten wir das berüchtigte Lager... Mit Tränen in den Augen sagte unser Führer: 'Einige meiner eigenen Verwandten sind hier ebenfalls zu Tode gefoltert worden. Ich bin viele Male hier gewesen, und jedesmal kommen mir die Tränen. Die Geschichte der Vergangenheit darf sich niemals wiederholen!...' In München besuchten wir auch den Bierkeller, in dem Hitler seine Kriegs- und 'Friedens'-Reden gehalten hat sowie die Villa, in der Neville Chamberlain wohnte, als er versuchte, die Faschisten zu beschwichtigen. Wir statteten auch dem Schauspielplatz der Konferenz einen Besuch ab, auf der das berüchtigte Abkommen von München unterzeichnet wurde. Hitlers Ambitionen, ganz Europa in seinen Besitz zu bringen und die gesamte Welt zu beherrschen, war schon Anfang der 30er Jahre jedermann bekannt. (Gleichwohl)... unterzeichneten Chamberlain und Daladier... im September 1938 mit Hitler und Mussolini das Münchner Abkommen und verrieten damit die Tschechoslowakei im Interesse des 'Friedens' und der 'Entspannung'. Als Chamberlain den von Hitler unterzeichneten Papierfetzen nach London zurückbrachte, erklärte er vor der sich zu seiner Begrüßung eingefundenen Menschenmenge: 'Jetzt ist der Frieden gesichert. Ich empfehle Ihnen, jetzt nach Hause zu gehen und ruhig in Ihren Betten zu schlafen'. Aber schon kurz nach diesem Versprechen Chamberlains ging Hitler zum Angriff über und ließ die gesamte Tschechoslowakei besetzen... Der Frieden und die Sicherheit Europas konnte nicht durch Konzessionen auf Kosten anderer Länder gewährleistet werden... 39 Jahre sind seitdem vergangen und dennoch ziehen sich heute wieder die Wolken des Kriegs über Europa zusammen. Auf dem europäischen Kontinent stehen sich die bis an die Zähne bewaffneten beiden Supermächte gegenüber. Insbesondere die Sowjetunion verfolgt seit ihrer Degenerierung zum Sozialimperialismus wilde Pläne zur Beherrschung der ganzen Welt. Während sie den Mantel Hitlers übernommen hat, singt sie die Melodie des Friedens und der Entspannung. Zur gleichen Zeit forciert sie Zwecke der Kriegsvorbereitung und intensiviert sie ihre Infiltration und Expansion in Europa... Die unter gewissen Personen in den USA und in Westeuropa festzustellende Tendenz, Erleichterung und Trost durch Preisgabe von Prinzipien zu finden, gerät immer mehr unter Kritik. Man erkennt, daß die Denkweise von München, die in Europa und in den USA immer noch wie ein Gespenst herumgeistert, äußerst gefährlich ist... Westdeutsche Bürger verweisen darauf, daß selbst unter jenen, die sich Illusionen über die 'Entspannung' hingaben, Zweifel hinsichtlich der Rolle der 'Sicherheitskonferenz' aufkommen und sie über die Ergebnisse der Konferenz enttäuscht sind." (NCNA, 26.1.77)

WESTEUROPA

(4) In Westeuropa herrscht ein starkes Verlangen nach "Entlarvung des sowjetischen Betrugs mit der Entspannung"

"Sowohl Zuckerbrot wie Peitsche einzusetzen ist ein Trick, den die sowjetischen Revisionisten im letzten Jahre angewandt haben, um die Bemühungen um eine verstärkte Verteidigung und den gemeinsamen antihegemonistischen Kampf in Westeuropa zu unterdrücken". Doch erweist sich dieser Druck als wertlos: "Um die sowjetischen Drohungen zu vereiteln und die nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu verteidigen, haben die westeuropäischen Länder ihre Verteidigungsausgaben erhöht, die Rüstungen modernisiert, die Militärstrategie geändert und setzen die Stärkung ihrer eigenen Verteidigung und der Verteidigungszusammenarbeit in Westeuropa fort. Frankreich hat die Strategie der 'multilateralen Verteidigung', die die Sowjetunion nicht als den einzigen hypothetischen Feind betrachtete, aufgegeben. Westdeutschland hat Maßnahmen ergriffen, um seine 'Frontverteidigung' zu konsolidieren und um einen Überraschungsangriff zu vereiteln. Sogar die neutrale Schweiz hat eine Reihe von militärischen Manövern durchgeführt, um sich vor einem Überraschungsangriff zu schützen. In den USA werden sich immer mehr Menschen darüber klar, daß die sowjetische Politik ihrem Land gegenüber nicht auf eine 'Verbesserung' der Beziehungen hinausläuft, sondern auf erhöhte Spannung. Daher nehmen in den USA die Kräfte zu, die gegen eine Beschwichtigung sind und eine militärische Stärkung fordern, um gegenüber der sowjetischen Rüstungsexpansion zu bestehen" (NCNA, 16.1.77).

(5) Die "Tradition" des Empfangs konservativer britischer Politiker wird fortgesetzt

Edward Heath, der ehemalige Premierminister, hat China bereits zweimal besucht, und zwar im Mai 1974 und im September 1975. Er erhielt dabei in der chinesischen Presse jedesmal freundliche Worte und starken Applaus.

Auch Margaret Thatcher, die neue Oppositionsführerin, die Heath in diesem Amt nachfolgte, machte in der chinesischen Presse bisher ein gutes Bild. Einmal wurde sie sogar mit Churchill verglichen, der sich nie auf faule Kompromisse mit seinem Hauptfeind, dem nationalsozialistischen Deutschland, eingelassen habe. Dieselbe Kompromißlosigkeit wurde Frau Thatcher gegenüber der Sowjetunion nachgerühmt.

Am 30.12.1976 wurde nunmehr durch die Geschäftsstelle der Konservativen Partei in London bekanntgegeben, daß Frau Thatcher im April 1977 zu einem Besuch in die Volksrepublik China reisen werde. Sie sei von der Volksrepublik dazu herzlich eingeladen worden.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(6) Die chinesische Polemik gegen die Sowjetunion

Seit seinem Bestehen hat C.a. stets die wichtigsten Artikel der sino-sowjetischen ideologischen Aus-

einandersetzung festgehalten und kommentiert. Damit wurden jeweils Höhepunkte dieses Bereichs angesprochen.

Angesichts der Tatsache, daß der Konflikt zwischen Peking und Moskau die Weltpolitik wesentlich mitbestimmt, hat sich die Redaktion von C.a. entschlossen, ab Januar 1977 die gesamte chinesische Polemik gegen die Sowjetunion in die Rubrik "Official Activities" aufzunehmen. Sie erscheint dort hinfort unter der Überschrift "Articles in the Chinese Press Against the Soviet Union" (dabei ist die auf die USA und die Sowjetunion gleichermaßen gerichtete Polemik gegen die Supermächte nicht berücksichtigt).

Basismaterial hierfür ist NCNA und SWB. In diesen Quellen wird jeweils auf gleichzeitige Publikationen im JMJP verwiesen (tatsächlich werden mehr Artikel gleichzeitig im JMJP publiziert). Bei diesem Vorgehen, bei dem NCNA auf gleichzeitige Publikation im JMJP verweist, können zusätzlich chinesische Akzente erfaßt werden, ist doch NCNA der für das Ausland bestimmte Nachrichtendienst. Ein NCNA-Vermerk auf gleichzeitige Publikation im JMJP ist mithin Hinweis auf hervorgehobene Bedeutung im Rahmen der auf das Ausland gerichteten Propaganda.

(7) Annäherungsversuche Moskaus an Peking

Die Prawda zählte in einem Artikel vom 10. Februar, in dem sie sich mit der chinesischen These von der "sowjetischen Gefahr" beschäftigt, mehrere Initiativen Moskaus gegenüber Peking auf, die allerdings dort auf taube Ohren gestoßen seien.

Seit dem Beginn der chinesisch-sowjetischen Verhandlungen über die Grenzregelung im Jahre 1969 habe die sowjetische Regierung eine Reihe konkreter Vorschläge gemacht, die den guten Willen und die Bereitschaft der Sowjetunion zur Verbesserung der Beziehungen mit China demonstrierten.

1971 z.B. habe Moskau vorgeschlagen, einen Vertrag über die Nichtanwendung von Gewalt abzuschließen, in dem klar zum Ausdruck kommen sollte, daß die UdSSR und die VR China "gegeneinander keine bewaffnete Gewalt einschließlich aller Waffenarten a) konventioneller, b) Raketen, c) Kernwaffen anwenden werden".

1973 sei der chinesischen Seite ein Vertragsentwurf über Nichtangriff übergeben worden, der vorsah, daß beide Staaten sich verpflichten sollten, bei der Lösung strittiger Fragen keine Gewalt, in welcher Form auch immer, anzuwenden oder mit ihrer Anwendung zu drohen.

Die Sowjetunion habe mehrere Male vorgeschlagen, ein Treffen auf beliebiger Ebene, auch auf der höchsten, zur Erörterung der bestehenden Probleme abzuhalten. Solche Vorschläge seien 1969, 1970 und 1973 gemacht worden, ohne daß die Chinesen positiv reagiert hätten.

Auch beim XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU habe man den Chinesen die Hand entgegen gestreckt. Breschnew beispielsweise habe vorgeschlagen, die beiderseitigen Beziehungen nach den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gestalten.

Mit seiner ablehnenden Haltung spiele Peking den Gegnern des Sozialismus und der internationalen Entspannung in die Hände.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß bereits am 22. Januar der stellvertretende sowjetische Außenminister Leonid Iljischew und Chinas

Außenminister Huang Hua in Peking zusammengetroffen seien. Dies wurde erst drei Wochen später erstmals von einem Regierungssprecher in Peking offiziell bestätigt. Er wies jedoch sogleich darauf hin, daß es sich hierbei lediglich um einen von Iljischew erbetenen Höflichkeitsbesuch gehandelt habe. Verhandlungen seien nicht geführt worden. (Die Welt, 10.2.77, aufgrund einer Reuter-Meldung aus Peking)

Die Initiative Iljischews wurde von Beobachtern in Peking als Versuch der Sowjetunion angesehen, in einen Dialog mit den neuen Führern nach dem Tode Mao Tse-tungs zu kommen. Iljischew ist Chefunterhändler bei den - inzwischen schon wieder festgeführten - Verhandlungen um die Beilegung der chinesisch-sowjetischen Grenzstreitigkeiten. Er war nach 18monatiger Unterbrechung im November 1976 nach Peking zurückgekehrt.

Einige westliche Zeitungen betrachten den oben zitierten Prawda-Artikel als erstes Zeichen der Wiederaufnahme der sowjetischen Polemik gegen China nach dem Tode Mao Tse-tungs. (z.B. FAZ und Le Monde, 11.2.77)

(8) Hohe sowjetische Rohstoffpreise gefährden die DDR-Wirtschaft

Hsinhua (NCNA, 8.2.77) schreibt dazu u.a.: "Ostdeutschland gehört innerhalb des RGW zu den industriell entwickelten Ländern. Es ist jedoch von Einfuhr, hauptsächlich aus der Sowjetunion, abhängig, um seinen Bedarf an Rohmaterialien zu decken. In der ostdeutschen Presse ist oft erklärt worden, daß die Versorgung mit sowjetischen Rohmaterialien 'zuverlässig' sei und daß deren Preise 'stabil' seien. In den letzten beiden Jahren haben jedoch Änderungen stattgefunden, und Ostdeutschland ist erwacht, um der grimmigen wirtschaftlichen Realität ins Auge zu sehen.

Vor allem wurden die Preise für sowjetische Rohmaterialien unerwartet und in drastischer Art und Weise erhöht. Der Preis für Rohöl ging im Jahre 1975 um 130% in die Höhe und der für andere Rohmaterialien wurde ebenfalls heraufgesetzt... Ein anderer Wandel bestand darin, daß die sowjetischen Rohmateriallieferungen für die Bedürfnisse Ostdeutschlands unzureichend wurden. Darüber hinaus muß Ostdeutschland nun Arbeitskräfte, Geräte und Gelder für die Ausbeutung sowjetischer Ressourcen bereitstellen. Von den 23 Artikeln sowjetischer Rohmaterialausfuhren nach Ostdeutschland im Jahre 1973 lagen 15 unter der im Jahre 1972 gelieferten Menge. Im Jahre 1974 lagen 7 unter der im Jahre 1972 gelieferten Menge.

... Ostdeutschland stellt während des laufenden Fünfjahresplans (1976-1980) Geräte und Dienstleistungen als seinen Investitionsanteil an gewissen sowjetischen Entwicklungsprojekten in Höhe von 7 Mrd. Mark bereit... Im wirtschaftlichen Leben des Landes waren in den letzten beiden Jahren gewisse bedrohliche Anzeichen festzustellen. Das Außenhandelsdefizit gibt Anlaß zu Beunruhigung, und die übliche günstige Handelsbilanz mit der Sowjetunion ist in die roten Zahlen geraten. Die Verschuldung gegenüber dem Westen wird immer größer. Auch die Unternehmen sehen sich mit dem ernstesten Problem steigender Kosten und geringer werdender Gewinne konfrontiert. Die finanzielle Lage der Regierung ist ebenfalls aufgrund der Belastung durch die Subventionen äußerst angespannt, die gezahlt werden, um die Preise für Konsumgüter in Grenzen zu halten. Außer-

dem ist die Zuwachsrate sowohl der Produktion als auch des Konsums zurückgegangen und hat sich der wirtschaftliche Fortschritt verlangsamt. Die Meinung ist weit verbreitet, daß dies zum großen Teil auf die höheren Preise für importierte Rohmaterialien zurückzuführen ist. 1975, dem ersten Jahr der sowjetischen Preiserhöhung, setzte die ostdeutsche Regierung die Wachstumsrate von 8 wichtigen wirtschaftlichen Indices niedriger an als im Vorjahr... Das tatsächliche Wachstum des Bruttosozialprodukts war 1976 das niedrigste seit 1973... Wie aus westlichen Pressemeldungen hervorgeht, hat die Sowjetunion aufgrund der höheren Erdölpreise aus ihren Energieexporten nach anderen RGW-Ländern statt nur 1,5 Mrd. Rubel 3,2 Mrd. Rubel eingenommen. In diesem Jahr wird sie sicherlich einen noch größeren Gewinn einstreichen".

(9) Peking applaudiert der Prager "Charta 77"

Mit Genugtuung vermerkt Hsinhua (NCNA, 27.1.77), daß ein von nur rd.300 tschechoslowakischen Bürgern unterzeichnetes Dokument, die sog."Charta 77", den Kremkoloß in Unruhe versetzt und nervös gemacht habe. Die sowjetischen Lehnsherren hätten seit ihrer bewaffneten Besetzung der CSSR im August 1968 viele von denen, die ihre Stimme gegen die Besetzung erhoben, verhaftet, ins Gefängnis geworfen oder aus öffentlichen Ämtern entfernt. Man habe an einzelnen tschechoslowakischen Bürgern immer wieder Exempel statuiert, um die Proteste im ganzen Land zu ersticken. Doch "kein Regime kann sich lange Zeit auf Bajonette stützen... Das tschechoslowakische Volk, das stets stolz auf seine revolutionäre Tradition war, hat von seinem Kampf für demokratische Freiheit und gegen die sowjetische Besetzung nicht abgelassen. Die Veröffentlichung der Charta 77 ist lediglich die jüngste Bekundung dieses Kampfes".

Breschnew habe vor weniger als drei Monaten erklärt, daß es "in der Geschichte niemals eine Freundschaft gegeben hat, die reiner war als die zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei". Tatsächlich jedoch "hat die Geschichte niemals eine so unnatürliche Freundschaft gesehen. Ein souveränes Land wurde nachts von Hunderttausenden von Soldaten überrannt, um diese Freundschaft zu vertiefen. Eine Nation wird seit acht Jahren von sowjetischen Panzern und Kanonen niedergeschlagen und soll auch in Zukunft in Knechtschaft gehalten werden - ist dies etwa ein Beweis für diese 'reine Freundschaft'? Daß man dieses Land innen- und außenpolitisch sowie in wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten auf dem Kurs des Kreml hält und ihm nicht die geringste Abweichung gestattet, ist noch ein weiteres Kennzeichen für diese 'Freundschaft'... Aber das tschechoslowakische Volk weigert sich, diese Freundschaft zu akzeptieren... Es ist der Invasion und Unterjochung... überdrüssig geworden... Unterdrückung hat stets Revolte zur Folge. Die Tätigkeit, die im Mittelpunkt der Charta 77 steht, ist lediglich ein Funke des großen Kampfes des tschechoslowakischen Volkes gegen die sowjetische Okkupation und Herrschaft und für Freiheit und demokratische Rechte. Die Bevölkerung der CSSR möchte mit sich nicht Schindluder treiben lassen. Ihr unbeugsamer Kampf für Unabhängigkeit wird nicht erstickt werden. 'Wenn der Winter kommt, kann der Frühling dann fern sein?' " Peking spielt hier offensichtlich auf einen neuen Prager Frühling an.

Ist dieses Engagement für die "demokratischen

Rechte des Volkes" nur außenpolitisch (spr.: antisowjetisch) motiviert oder erhält es auch Antriebe von der innenpolitischen Situation der VR China? Hier ist es ja bekanntlich Anfang Januar zu umfangreichen Wandzeitungskampagnen für die Ausdehnung "demokratischer Rechte" gekommen. Am 13. Januar beispielsweise erschienen Wandzeitungen mit riesigen Schriftzeichen, unterzeichnet durch "Arbeitergruppen", die eine Erweiterung der "demokratischen Rechte" des Volkes, nicht zuletzt auf "Wahl ihrer eigenen Führer" forderten. (Näheres hierzu Alain Jacob in Le Monde, 15.1.77)

(10) Wollen die Chinesen mit Jugoslawien wieder Parteibeziehungen aufnehmen?

Schon seit Mitte der 50er Jahre gelten die Jugoslawen als Paradebeispiel für den modernen Revisionismus. Besonders deutlich wurde dies im Zusammenhang mit dem 1963 veröffentlichten zweiten Offenen Brief mit dem Titel "Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?"

Das Tauwetter zwischen Peking und Belgrad begann erst nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in Prag. Seitdem haben sich die Beziehungen zunehmend - wenn auch recht langsam - erwärmt. Erster Höhepunkt dieser Entwicklung war die Reise des jugoslawischen Ministerpräsidenten Djedjic im Oktober 1975 nach China, bei der er auch ein Gespräch mit Mao hatte. Djedjic lud den damals amtierenden Vizepremier Teng Hsiao-p'ing zu einem Gegenbesuch ein.

Im Bereich der Parteibeziehungen kam es jedoch auch nach diesem Besuch zu keiner Annäherung. Möglicherweise ist hier jetzt mit dem Besuch einer chinesischen Delegation unter Leitung des ehemaligen Außenministers Chi P'eng-fei eine Wendung eingetreten. Die Delegation, die sich Ende Dezember eine Woche lang in Jugoslawien aufhielt, wurde von den Spitzen des Staates, nicht jedoch von Präsident Tito empfangen.

Obwohl die Annäherung auf Parteiebene nicht zur Diskussion stand, tauchte doch indirekt der Hinweis auf, daß Peking einer solchen Annäherung nicht mehr unbedingt ablehnend gegenübersteht; immerhin wurde der "Sozialistische Bund", eine politische Massenorganisation, als Gastgeber beim Jugoslawienaufenthalt der Delegation akzeptiert. Wiederannäherungstendenzen auf Parteiebene wurden auch einem Korrespondenten der SZ (SZ, 27.12.76) gegenüber geäußert. Offensichtlich wollen die Jugoslawen aber nichts überstürzen, zumal eine Wiederannäherung auf Parteiebene auch eine Art Demonstrativ-effekt gegenüber Moskau gleichkäme.

AFRIKA UND NAHOST

(11) Huang Hua empfing eine El Fatah-Delegation

Der chinesische Außenminister empfing am 31. Dezember in Peking eine Delegation der El Fatah, der größten palästinensischen, zur PLO zählenden Organisation. Huang Hua führte mit dem Delegationsführer, Abdel Kader, ein "freundliches und herzliches Gespräch" (NCNA, 31.12.76).

Auch die Palästinenserfrage wird von den Chinesen im Rahmen der übergeordneten antisowjetischen Strategie gesehen und behandelt. Wörtlich: "Im

vergangenen Jahr haben immer mehr Menschen im Nahen Osten die Wahrheit der Scheinunterstützung der Sowjetunion für, jedoch des echten Verrats an der gerechten Sache des arabischen und palästinensischen Volkes durchschaut. Tatsächlich möchte die Sowjetunion die Nahostfrage und das Palästinaproblem gar nicht lösen. Sie trachtet lediglich danach, durch Ausnutzung der dortigen Spannungen und Unruhen Expansion im Nahen Osten zu betreiben, um die USA zu überwältigen und diesen Bereich zu beherrschen. Indem sie die Gelegenheit der US-Wahlen im Jahre 1976 nutzte, predigte sie lautstark die Einberufung der Genfer Konferenz, um die sog. 'umfassende und radikale politische Lösung im Nahen Osten' zu verwirklichen. Dieser sowjetische Schritt wurde von verschiedenen interessierten Kreisen abgelehnt. Eine immer größer werdende Zahl von Palästinensern hat den sowjetischen Plan durchschaut, Ausverkauf mit der Palästinafrage zu treiben. Der sowjetische Versuch, die PLO zu einer Anerkennung Israels zu verleiten, während Israel weiterhin palästinensisches Heimatgebiet besetzt halte, traf auf energischen Widerstand der PLO." (NCNA, 1.1.77)

Die PLO erhält von China nicht nur Verbalhilfe, sondern nach wie vor Waffen- und Ausbildungshilfe, wengleich der Umfang dieser Hilfe bisher nicht näher bekannt geworden ist.

(12) Vogelperspektive zur Nahostlage zu Beginn des Jahres 1977

Das Jahr 1976 hat nach Ansicht der Hsinhua (NCNA, 1.1.77) eine "ermutigende Entwicklung... des Kampfes gegen die Hegemonie... im Nahen Osten" gezeigt.

Zunächst einmal hätten die Provokationen des Sozialimperialismus zugenommen (sowjetische Militärmanöver in dem an Länder des Nahen Ostens angrenzenden Kaukasusgebiet Anfang 1976; Einlaufen sowjetischer Kriegsschiffe in den Golf von Aden im April 1976; Verstärkung der sowjetischen Mittelmeerflotte durch den sowjetischen Flugzeugträger "Kiew" und weitere Kriegsschiffe samt Landungsfahrzeugen mit einer großen Anzahl von Marineinfanterieeinheiten an Bord, so daß die Zahl der sowjetischen Kriegsschiffe im Mittelmeer mit über 70 Einheiten die zahlenmäßige Stärke der dortigen 6. US-Flotte übersteigt und dadurch die "Öltransportlinie" vom Nahen Osten nach Europa, Amerika und Japan gefährdet wird).

Die Reaktion der dortigen Völker: sie hätten erkannt, daß die "Ursachen für die turbulente Lage im Nahen Osten in dem Ringen zwischen den beiden Hegemonialmächten liegt". Der einzige Weg bestehe daher im Zusammenschluß und in der nationalen Selbststärkung. Positive Bausteine in dieser Richtung sind nach chinesischer Ansicht: die Unterzeichnung eines gemeinsamen Verteidigungsabkommens zwischen Ägypten und dem Sudan; der Beschluß Ägyptens, des Sudans und Saudi Arabiens auf einer Gipfelkonferenz, ihre Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichen und militärischen Gebiet zu festigen; Gipfelkonferenz der Organisation "Regionale Zusammenarbeit für Entwicklung", der Pakistan, die Türkei und der Iran angehören; häufige gegenseitige Besuche der Staatsmänner; erste Tagung der Außenminister der Golfländer im November 1976 zur Herstellung einer Einheit im Kampf gegen den Hegemonismus.

Im Nahen Osten aber kamen nicht nur kollektive

Maßnahmen in Richtung auf einen gegenseitigen Zusammenschluß zustande, sondern es wurden auch einzelne Staaten von sich aus aktiv: so habe beispielsweise Ägypten im März 1976 den "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" mit der Sowjetunion aufgekündigt und der Sowjetmarine die Benutzung von Hafenanlagen entzogen. Die ägyptische Regierung habe damit den Ländern der Dritten Welt gleichsam ein Verhaltensmodell geliefert. Auch der Sudan habe erste antisowjetische Maßnahmen ergriffen: nachdem er in Verfolgung seiner blockfreien Politik durch die "sowjetische Infiltration" mehrmals gehindert wurde (u.a. mißlungener Staatsstreich gegen Noumeri im Juli 1976) habe der Sudan die Entsendung von Studenten in die Sowjetunion eingestellt.

Auch der Iran habe sich empört zur Wehr gesetzt, als ihm Moskau nahelegte, sich in seiner Waffenbeschaffungspolitik einzuschränken. Der Schah des Iran habe daraufhin die Bevölkerung der an die Sowjetunion angrenzenden Gebiete aufgefordert, sich "auf einen nationalen und patriotischen Krieg gegen Aggressionen vorzubereiten".

Auch im Libanon habe die Bevölkerung längst erkannt, daß die Sowjetunion keineswegs an einer Lösung des Palästina-Problems interessiert sei, sondern daß sie im Gegenteil jede mögliche Gelegenheit nutze, um die Völker in der Region gegeneinander auszuspielen.

Alles in allem, die Chancen des sowjetischen Sozialimperialismus beginnen angesichts der wachsenden Einigkeit der Völker des Nahen Ostens zu sinken. "Die arabische Einheit, die im Oktoberkrieg gestählt wurde, stellt einen unwiderstehlichen allgemeinen Trend dar... Der Untergang des Sozialimperialismus und die Einigung stellen zusammen ein 'Gesetz' dar, das die geschichtliche Entwicklung bestimmt". Letztlich sei der sowjetische Sozialimperialismus auch im Nahen Osten nur ein Papiertiger.

NORDAMERIKA

(13) Hauptzielrichtung chinesischer "Amerika-Politik" ist die Blockierung der amerikanisch-sowjetischen Entspannung

In einer Rede vor Absolventen der chinesischen Außenpolitischen Akademie führte Keng Piao, Leiter des Internationalen Verbindungsbüros der Partei sowie Vollmitglied des ZK, im August 1976 aus, die Hauptzielrichtung der Amerika-Politik Pekings sei die Blockierung der sowjetisch-amerikanischen Entspannung, um dadurch Zeit zu gewinnen und der Volksrepublik China einige ruhige Jahre zur Lösung ihrer innenpolitischen Probleme zu verschaffen. Keng sagte den angehenden Diplomaten, daß die Taiwan-Frage zwar das formelle Haupthindernis für die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen sei, daß diesem Problem jedoch nur zweitrangige Bedeutung zukomme. In der Taiwan-Frage habe man schon Jahrzehnte gewartet und könne auch weiter warten. Viel wichtiger sei die Beschäftigung mit dem Feind Nr.1, dem sowjetischen revisionistischen Sozialimperialismus. Alles andere seien demgegenüber zweitrangige Fragen. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man darauf achten, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen weiter zu verbessern und

dadurch einen Feind weniger zu haben und mehr Freunde "um uns zu scharen". Diese Amerika-freundliche Politik dürfe nicht mißverstanden werden. Es stünde die Interessen des chinesischen Volkes im Mittelpunkt. Diesen aber sei eher gedient, wenn man den Kampf gegen den US-Imperialismus etwas zurückschraube. Niemals freilich dürfe man die "Doppelnatur" der chinesischen Außenpolitik vergessen.

Die Rede Kengs wurde von Taiwan-Agenten beschafft und u.a. dem UPI-Korrespondenten in Hong Kong zur Verfügung gestellt (wiedergegeben in BPA Ostinfo, 27.1.77, S.29).

Keng führt in seiner Rede auch aus, daß man im Interesse einer amerikanisch-chinesischen Annäherung mehr einflußreiche Amerikaner einladen müsse, "um ihnen klar zu machen, daß die Entspannung mit der UdSSR unzweckmäßig ist".

Diesem Zweck diene wohl u.a. der Empfang des Präsidenten der Chase Manhattan Bank, David Rockefeller, am 14. Januar 1977 durch Außenminister Huang Hua (NCNA, 14.1.77). Im übrigen wurde Rockefeller durch das chinesische Volksinstitut für Internationale Angelegenheiten betreut (NCNA, 16.1.77).

(14) Versagen amerikanischer China-Watcher wird untersucht

Das Versagen der amerikanischen China-Aufklärung soll Gegenstand einer formellen Untersuchung werden. Als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ist dem Vernehmen nach Harry Thayer vorgesehen. Thayer, ein älterer Berufsoffizier, der fließend Mandarin spricht, war zweiter Mann George Bushs während dessen kurzer Amtszeit als Chef des US-Verbindungsbüros in der VRCh gewesen.

Obwohl George Bush inzwischen im Zuge des amerikanischen Präsidentenwechsels aus politischen Gründen sein Amt als CIA-Chef aufgeben mußte, werden seinem engen Mitarbeiter Thayer ebenfalls gute Chancen für die Leitung der CIA-Aktivitäten in bezug auf die VRCh eingeräumt.

Dem CIA und Henry Kissingers State Department wird vorgeworfen, die Bedeutung der innenpolitischen Machtkämpfe in China seit 1973 heruntergespielt zu haben. (FEER, Nr.1, S.55)

LATEINAMERIKA

(15) China applaudiert dem brasilianisch-deutschen Atomabkommen

Brasilien, das über reiche Uranvorkommen verfüge, derzeit aber unter starkem Energiemangel leide, habe im Juni 1975 mit Westdeutschland ein Kooperationsabkommen für die friedliche Nutzung der Kernenergie unterzeichnet, das vorsieht, daß die Bundesrepublik an Brasilien Kernreaktoren und Anlagen zur Wiederverwertung, Anreicherung und Erschließung der Uranvorkommen Brasiliens im Wert von rd.8 Mrd. DM liefert. Dazu Hsinhua (NCNA, 9.2.77): "Dieses Abkommen traf nach seiner Unterzeichnung auf den Widerspruch seitens der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, die alles versuchten, um ihre Positionen als hegemoniale Atomkräfte aufrechtzuerhalten. Die sowjetische Presse tadelte dieses Abkommen als eine 'Zerrüttung' des Vertrags

über die Nichtweiterverbreitung. Angesichts dieser Beschuldigung und dieses Drucks veröffentlichte der Präsidialpalast von Brasilien damals ein Dokument, in dem es hieß: 'Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Welt in zwei Teile gespalten wird: auf der einen Seite wird den Ländern des 'Atomklubs' gestattet, ihre uneingeschränkte Expansion der atomaren Militärmacht fortzusetzen, während andererseits die übrigen Länder des souveränen Rechts (auch auf dem Bereich der Reaktorforschung) beraubt werden.'

ASIEN

(16) **Diplomatische Beziehungen nun auch zu den zwei "restlichen" Staaten in Südostasien: Indonesien und Singa-pore?**

Wahrscheinlich werden Peking und Djakarta sowie Peking und Singa-pore noch im Jahre 1977 diplomatische Beziehungen aufnehmen. Damit wären dann in Südostasien auch noch die zwei letzten verbliebenen Lücken geschlossen.

Der indonesische Außenminister Adam Malik hat in dieser Frage vor kurzem seine Vorstellungen präzisiert. Als Termin für die Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen nannte er die Zeit nach den im Mai dieses Jahres vorgesehenen Wahlen. Allerdings müsse Peking drei Bedingungen erfüllen, nämlich erstens sich in indonesische Angelegenheiten nicht "subversiv" einmischen, zweitens dürfe Peking nicht auf Anerkennung einer doppelten Staatsangehörigkeit der in Indonesien lebenden Chinesen bestehen und drittens müsse Peking darauf verzichten, die im Exil lebenden indonesischen Kommunistenführer zu unterstützen. (Bericht von Roeder, NZZ, 12.1.77)

Das Verhältnis zwischen Indonesien und China, das in den letzten Jahren der Sukarno-Ära so herzlich war, ist seit September 1965, als Sukarno stürzte und Zehntausende von Peking-orientierten Kommunisten liquidiert wurden, von schweren Emotionen belastet. Trotzdem glaubt Indonesien, angesichts des zunehmenden Gewichts der Sowjetunion in Südostasien, vor allem in Indochina, ein Gegengewicht in China suchen zu müssen.

Singapore, das wegen irredentistischer Neigungen der in seinem Gebiet lebenden Chinesen - sie machen über 80% des Stadtstaates aus - befürchten muß, daß die "Nation Singapore" durch allzu starke Annäherung an die Volksrepublik verwässert werden könnte, zieht nolens volens mit Indonesien mit, da es sich nicht leisten kann, als einziger Staat der Region ohne reguläre Beziehungen zu Peking dazustehen.

(17) **China und Bangladesh rücken einander näher**

Vom 2. bis 6. Januar 1977 besuchte der "kriegsrechtliche Chefadministrator und Stabschef des Heeres der Volksrepublik Bangladesh", Generalmajor Ziaur Rahman auf Einladung der chinesischen Regierung die VR China (Radio Peking, deutsch, 2.1.77). Er wurde von Hua Kuo-feng höchstpersönlich am Flughafen begrüßt, obwohl er offiziell weder die Stellung eines Ministerpräsidenten noch eines Staatsoberhauptes bekleidet. Alles, was in China Rang und Namen hat, traf mit dem bengalischen Chefadministrator zusammen. JMJP brachte am 2. Januar einen Leitartikel, in dem sie die "blockfreie Politik der

Regierung von Bangladesh und dessen Volk in seinem gerechten Kampf zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität" begrüßte. Der Leitartikel schneidet auch das Leitmotiv an, von dem die Annäherung Chinas an Bangladesh bestimmt ist, nämlich die Ambitionen "jener Supermacht, die das Fähnchen des Sozialismus schwenkt,... die aber ernstlich die Unabhängigkeit und Sicherheit der südasiatischen Länder bedroht".

Mit seiner neuen Politik hat China das Steuer soz. um 180 Grad herumgerissen; denn ursprünglich konnte Peking an Dacca auch nicht eine einzige positive Eigenschaft ausmachen: nachdem der bengalische Aufstand infolge der Intervention Indiens im damaligen Ostpakistan zugunsten der Führung um Scheich Mujibur Rahman entschieden worden war, trieb Bangladesh ganz ins indische Lager und damit - aus der Sicht Pekings - in die Arme der Sowjetunion, mit der Indien sich durch den Freundschaftsvertrag vom August 1971 eng verbündet hat. Das neue Bangladesh suchte damals auch Mitglied der UNO zu werden. China jedoch erhob in seiner Eigenschaft als einer der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sein Veto (bisher hat China erst zweimal von diesem Recht Gebrauch gemacht!) und begründete diese Maßnahme damit, daß die Regierung Mujibur Rahman einen ähnlichen Stellenwert einnehme wie seinerzeit die offizielle Regierung der Mandschurei in den Jahren nach 1932. Nach außen hin gebe man sich zwar als souveräne Regierung, werde aber in Wirklichkeit vom Ausland her gesteuert: ebenso wie im Kaiserreich Mandschukuo in Wirklichkeit die "japanischen Berater" als graue Eminenzen wirkten, sei Mujibur Rahman nichts anderes als eine indische - und damit letztlich sowjetische - Marionette. Einen solchen Staat aber könne man nicht als Mitglied in der Völkergemeinschaft der UNO akzeptieren.

Diese Haltung Chinas änderte sich über Nacht, als Mujibur Rahman im August 1975 ermordet und durch eine neue Führungsmannschaft ersetzt wurde, die ziemlich schnell von Indien abrückte. Nach der Machtübernahme durch das neue Regime unter Moshtaque Ahmed teilte Chou En-lai im Namen der Volksrepublik China bereits am 31. August 1975 dem neuen Präsidenten mit, daß die Volksrepublik China die "Volksrepublik Bangladesh" ab sofort "anerkenne" (NCNA, 31.8.75). Dieser Akt war auch insofern nur eine Frage der Zeit, als Westpakistan, der beste Verbündete Chinas in Südostasien, das neue Regime ebenfalls sofort anerkannt hatte. Das Abkommen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde dann am 4.10.1975 geschlossen, und zwar durch die beiden Außenminister, die sich zu dieser Zeit in New York bei der UNO-Vollversammlung aufhielten. (NCNA, 6.10.75)

Die Beziehungen zwischen China und Bangladesh verbesserten sich von nun an in dem Maße, wie Bangladesh von Indien abrückte. In der Tat verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Bangladesh einerseits sowie Indien und der Sowjetunion andererseits auf so drastische Weise, daß Moskau das Nachfolgeregime seinerseits sogar glaubte warnen zu müssen, unter keinen Umständen dem "Drängen der Chinesen" nach einem Flottenstützpunkt im Golf von Bengalen nachzugeben, auf den bis dahin die Sowjetunion selber gehofft hatte. (Dazu Werner Adam in FAZ, 4.1.77)

Der Besuch Rahmans in Peking zahlte sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich aus: politisch kam der Besuch dem "Kriegsrechtverwalter" zu-

gute, insofern der herzliche Empfang in Peking vom Staatsrundfunk in Bangladesh - und zur Freude der bengalischen Bevölkerung - in aller Ausführlichkeit gefeiert wurde. Insofern kann man in der Tat von einem bengalischen Prestigeerfolg in China sprechen. Wirtschaftlich war der Besuch wertvoll, weil zwei Abkommen ökonomischer Art unterzeichnet werden konnten, nämlich ein "Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit" und ein weiteres "über den Handel und die Zahlungsbedingungen" (NCNA, 4.1.77). Das erste Handelsprotokoll, das gleichsam als Schrittmacher auf dem Weg zur Anerkennung diente, war bereits im Mai 1975 unterzeichnet worden, und zwar auf der Cantoner Messe. Möglicherweise gingen die Erwägungen Chinas damals dahin, der Bengalischen Volksrepublik den Absprung von Indien und der Sowjetunion zu ermöglichen. In Dacca schloß man das Abkommen in der Hoffnung, daß China bald einen erheblichen Teil seines Rohjutebedarfs aus Bangladesh importiert. Gleichzeitig war man in Bangladesh an chinesischen Waren interessiert, die im Verhältnis zum übrigen Weltmarktpreis niedriger lagen (C.a., Juni 1975, Ü 10). Die seit damals akkumulierten Erfahrungen dürften eine solide Grundlage für die neugeschlossenen Abkommen abgeben haben.

Langfristig glaubt Bangladesh offensichtlich auch Rückhalt bei China in seinen Auseinandersetzungen mit Indien zu finden. Vor allem geht es im Streit zwischen Indien und Bangladesh um die Frage der wasserrechtlichen Nutzung des Ganges und um anhaltende Grenzzwischenfälle. Radio Dacca meldete in letzter Zeit eine größere Zahl blutig verlaufener Invasionen von Freischärlern, die, angeblich auf indischer Seite ausgebildet und mit alten pakistanischen Beutewaffen gerüstet, immer häufiger in Bangladesh einfallen, um dort den Partisanenkrieg zu schüren. Solche Vorwürfe sind nicht neu und begannen schon 1975 nur wenige Monate nach der Ermordung Scheich Mujibur Rahmans und nach dem Machtantritt nationalistischer Bengalen, die eine von Indien unabhängige und dem Westen freundlich gesonnene Politik betrieben. (Carlos Widmann, SZ, 4.1.77) Indien selbst empfindet Bangladesh immer mehr als "Krebsgeschwür an unserer Flanke".

Angesichts dieses wachsenden Antagonismus sieht sich Dacca immer mehr auf die VR China verwiesen, die zwar nicht zu den unmittelbar angrenzenden Nachbarstaaten Bangladeshs gehört, gleichwohl aber unter geopolitischen Gesichtspunkten der ideale Partner im Kampf gegen die Versuche Indiens ist, den Bengalenstaat zu einem Satelliten zu machen.

So unbeschwert freilich wie noch vor einem Jahr kann China seinen antiindischen/antisowjetischen Kurs nicht mehr fortsetzen; denn in der Zwischenzeit wurden zwischen Peking und Neu-Delhi wieder volle diplomatische Beziehungen aufgenommen, die zumindest langfristig - und unter der Bedingung, daß Indien von der Sowjetunion abrückt - wieder ein günstigeres Klima zwischen beiden Ländern schaffen könnten.

(18) Die Witwe Chou En-lais auf "Freundschaftsbesuch" in Birma

Teng Ying-chao, Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und Witwe Chou En-lais, reiste am 5. Februar auf Einladung des birmanischen Staatspräsidenten U Ne Win zu einem einwöchigen Besuch nach Rangun.

Wie wichtig diese Visite - übrigens der erste Auslandsbesuch einer hochrangigen politischen Per-

sönlichkeit nach dem Tode Maos und dem Machtantritt Hua Kuo-fengs - der Pekinger Führung war, zeigt das hochkarätige Geleit, das Teng Ying-chao anlässlich ihres Abflugs am Flughafen erhielt. U.a. waren der Stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats, Li Hsien-nien und Wu Teh, Stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK (beide Politbüromitglieder), ferner Außenminister Huang Hua und weitere Funktionäre des Ständigen NVK-Ausschusses sowie des Außenministeriums erschienen.

Ne Win betonte in seiner Bankettfestrede, daß "zwischen unseren beiden Ländern ein traditionell inniger Verkehr und zwischen unseren beiden Völkern eine tiefe Freundschaft herrscht"; die Lösung der Grenzfrage zwischen beiden Ländern habe gezeigt, daß es "keine unlösbaren Fragen gibt, wenn beide Seiten im Geiste des gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft offen und herzlich darüber verhandeln". (Radio Peking, deutsch, 7.2.77, BPA Ostinfo, 9.2.77, S.26)

Mit diesem Hinweis auf den guten Willen könnte Ne Win auf sein altes Anliegen verwiesen haben, daß China damit aufhören möge, die im Nordosten Birmas operierenden Aufständischen, vor allem die "Weiße Flagge"-Kommunisten, zu unterstützen.

(19) Haben die Sowjets in Laos Raketensilos eingerichtet, die sich gegen China richten könnten?

Der frühere thailändische Außenminister Thanat Khoman hat unter Berufung auf Geheimdienstberichte in einer Fernsehsendung erklärt, die Sowjetunion habe im laotischen Hochland, wo es auch andere sowjetische Militäranlagen gebe, zusätzlich Raketensilos installiert, mit denen gegen die Volksrepublik China oder "gegen den Süden" operiert werden könnte. Thanat verfügt über gute Informationsquellen, da er Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses in dem von den Militärmachthabern ernannten thailändischen Parlament ist. Gerüchte über sowjetische Raketensilos und Militäranlagen in Laos sind in Bangkok seit einem Jahr im Umlauf (FAZ, Die Welt, 29.12. und NZZ, 30.12.76). Angaben dieser Art ist mit Skepsis zu begegnen. Träfen sie tatsächlich zu, so wäre die Volksrepublik China in ihrer "primären Sicherheitszone" betroffen und würde wohl nichts unterlassen, um die Laoten von einer solchen Basen-Gewährungs-Politik abzubringen. Immerhin zeigen die neuerlichen Gerüchte, wie empfindlich die VR China von Südostasien her getroffen werden kann, wenn die dort liegenden Länder den chinesischen Erwartungen zuwiderhandeln.

(20) Fukudas Amtsantritt begrüßt

Hua Kuo-feng übermittelte Ende Dezember in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik China dem neugewählten Ministerpräsidenten Japans, Takio Fukuda, eine Botschaft, indem er diesem seine herzlichsten Glückwünsche anlässlich der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes übermittelte und seiner Hoffnung auf eine weitere Besserung der Beziehungen zwischen China und Japan Ausdruck gab (NCNA, 31.12.76).

Fukuda seinerseits sprach sich schon kurz nach seinem Amtsantritt für den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der Volksrepublik China aus. Dies erklärte am 30. Dezember der

Vorsitzende des japanischen Oberhauses, Kenzo Kono, nach einem Gespräch mit dem neuen Regierungschef.

Der endgültige Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages war bisher dadurch verzögert worden, daß Tokio sich weigert, in den abzuschließenden Vertrag eine von Peking gewünschte (indirekt gegen die Sowjetunion gerichtete) Antihegemonie-Klausel aufzunehmen.

(21) Fukudas Chinaprobleme

Der neue japanische Ministerpräsident steht, wie schon sein Vorgänger Miki, erneut vor dem Problem des Abschlusses eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der VR China. Bekanntlich geht es dabei um die Frage, ob Japan bereit ist, die von den Chinesen gewünschte Antihegemonie-Klausel, die zwar nicht expressis verbis, wohl aber ihrer ganzen inneren Tendenz nach antisowjetisch orientiert ist, in den Vertrag aufgenommen werden soll oder nicht.

Der frühere Außenminister Miyazawa hatte dazu bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1975 während eines mehrstündigen Gesprächs mit seinem chinesischen Amtskollegen erläutert, daß Japan "vier Prinzipien" gewahrt sehen möchte. Sie besagen, daß sich die Antihegemonie-Klausel gegen kein bestimmtes Land richte, daß sie kein gemeinsames japanisch-chinesisches Vorgehen impliziere, daß sie in ihrer Gültigkeit nicht auf den asiatisch-pazifischen Raum beschränkt sei und daß sie ferner grundsätzlich mit dem Geist der Charta der Vereinten Nationen übereinstimme.

Innenpolitisch waren diese vier Prinzipien wahrscheinlich von dem starken Pro-Taiwan-Flügel in der regierenden LDP lanciert worden.

Peking hat die vier Prinzipien als wertlos abgelehnt, obwohl in den seitdem verstrichenen 18 Monaten noch keine offizielle Erklärung zu Miyazawas Vorstellungen herausgegeben wurde.

Nachdem nun der rechtskonservative Fukuda, der für seine Taiwan-Sympathien bekannt ist, Premierminister geworden ist, macht sich Peking offensichtlich noch geringere Hoffnung auf einen baldigen Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages. War es ein Zufall, daß der chinesische Botschafter, dessen Amtszeit allerdings ohnehin abgelaufen war, demonstrativ gerade am Vorabend der Amtseinführung des neuen Premiers abreiste?

Innerhalb der LDP scheint es in der Zwischenzeit heftige Meinungsverschiedenheiten um den Vertrag zu geben. Kabinettschef Sonoda gab sehr zum Ärger Fukudas bekannt, daß die "Vier Prinzipien" nichts anderes als eine "Privatmeinung Miyazawas" gewesen seien - eine Aussage, die unrichtig ist, da Miyazawa die Frage vorher im Außenamt ausführlich durchdiskutiert hatte. Auch hat inzwischen der Führer der zweitstärksten Oppositionspartei, nämlich der buddhistischen Komei-Partei, Pakeiri anlässlich einer Aussprache mit Hua Kuo-feng erklärt, daß das Kabinett Fukuda auf die "Vier Prinzipien" verzichten wolle. Da Pakeiri vor seiner Abreise mit Fukuda noch eine Aussprache gehabt hatte, besaß eine solche Aussage sogar ein Körnchen Wahrheit, obwohl Fukuda von einer entsprechenden Bevollmächtigung Pakeiris heute nichts mehr wissen will. (Bericht von Klaus W. Bender aus Tokyo, FAZ, 10.2.77)

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(22) Neujahrsbotschaft: im Bereich der Außenpolitik nichts Neues

Der Passus im Neujahrsartikel (JMJP, 1.1.1977) bringt die üblichen Redewendungen: "Wir werden weiterhin konsequent die vom Vorsitzenden Mao persönlich festgelegte revolutionäre Linie und Politik für Auswärtige Angelegenheiten verfolgen, am proletarischen Internationalismus festhalten, unsere Einheit mit dem Weltproletariat, mit den unterjochten Nationen und unterdrückten Völkern aller Länder, unsere Einheit mit den Ländern der Dritten Welt stärken und uns mit allen Ländern, die unter der Aggression Subversion, Intervention, Kontrolle und Demütigung durch den Imperialismus und den Sozialimperialismus leiden, zusammenschließen, um so gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, zu kämpfen".

Ebenso allgemein gehalten war die Rede, die Li Hsien-nien anlässlich des Empfangs ausländischer Vertretungen durch das "Generalbüro des Staatsrats der VR China" am 31.12.1976 hielt. Er bezeichnete die "internationale Lage gegenwärtig als ausgezeichnet". Für die Völker der Welt sei alles günstig, für die Mächte des Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus dagegen alles ungünstig etc. etc. (NCNA, 31.12.76). Einen nichtssagenderen Text kann man sich kaum vorstellen.

Etwas konkretere Ausführungen finden sich zum Thema Sowjetunion und Westeuropa: was die UdSSR anbelangt, so sitze sie auf "zwei Vulkanen", nämlich der Unzufriedenheit der Bevölkerung und des immer teureren Waffenpotentials. Auch weiterhin gelte voraussichtlich das Prinzip "Kanonen statt Butter", das zu einer Polarisierung der sowjetischen Gesellschaft führe und den Reichtum des Landes in die Hände eines immer engeren Kreises bürokratischer Monopolkapitalisten mit Breschnew an der Spitze befördere. Um ihre reaktionäre Herrschaft zu erhalten, hätten die neuen Zaren ihre faschistische Diktatur mit immer stärkerem Druck auszuüben (NCNA, 31.12.76).

Im Hinblick auf die westeuropäischen Länder zeigten sich die führenden Staatsmänner immer besorgter über die wirtschaftlichen Aussichten für das neue Jahr. In ihren Erklärungen zum Neuen Jahr hätten der britische Premierminister Callaghan, der französische Präsident Giscard d'Estaing, der westdeutsche Kanzler Helmut Schmidt und der italienische Präsident Giovanni Leone die wirtschaftlichen Probleme in den Mittelpunkt gestellt. "Keiner dieser Staatsmänner äußerte sich optimistisch über die wirtschaftlichen Aussichten für 1977... Was die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten betrifft, denen sie sich gegenüber sehen, so haben es die westeuropäischen Führer versäumt, neue wirksame Maßnahmen auszuarbeiten. Sie haben lediglich die Massen der Bevölkerung aufgefordert, weiterhin den Gürtel enger zu schnallen..." (NCNA, 2.1.77).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(23) Peking in der Zwickmühle: soll es dem IMF beitreten?

Der International Monetary Fund (IMF) ist durch die Taiwanfrage ebenso in eine Zwickmühle geraten wie die Volksrepublik China.